

Die Erwartungen der Industrie für 2014

Die deutsche Gesamtwirtschaft hatte sich 2013 weniger dynamisch entwickelt als erwartet. Vor allem die Ausfuhren wuchsen nach hohen Wachstumsraten in den Vorjahren parallel zum gesamten Welthandel nur langsam. Davon waren auch die Industriebranchen Maschinenbau, Chemie und Elektrotechnik betroffen, während die Automobilindustrie weltweit kräftig wuchs. Die Bauindustrie ist dagegen weniger exportabhängig. Für 2014 rechnen die Industriebranchen mit einer nachhaltigen Besserung der Konjunktur, unter anderem weil sich die Wirtschaft in den Schwellenländern und in den USA beleben wird.

Michael Knipper

Die Erwartungen der Bauindustrie für das Jahr 2014

Das deutsche Bauhauptgewerbe musste 2013 wieder einmal die Erfahrung machen, dass die Bauproduktion nicht nur ein Spiegelbild der allgemeinen Konjunktur ist, sondern auch von den Witterungsbedingungen maßgeblich beeinflusst wird. Im Vorjahr wurde die Produktion im ersten Halbjahr durch einen langen und kalten Winter, Starkregenfälle in weiten Teilen Deutschlands sowie die Hochwasserkatastrophe an Elbe und Donau gebremst. Für den Zeitraum Januar bis Juni gab durchschnittlich die Hälfte der Baufirmen an, dass ihre Bautätigkeit durch die Witterung behindert wurde. Dies war der mit Abstand höchste gesamtdeutsche Wert.

Da allerdings gleichzeitig die Aufträge noch zulegten, erreichte der Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe zur Jahresmitte mit 28,7 Mrd. Euro den höchsten Wert seit 1999. Auf dieser Basis kam es im 2. Halbjahr zu einem deutlichen Aufholprozess. Insgesamt lagen die Umsätze im Bauhauptgewerbe 2013 um rund 2% über dem Vorjahresniveau. Damit wurde die Prognose der deutschen Bauindustrie vom Jahresbeginn 2013 erreicht.

Die positive Entwicklung im 2. Halbjahr strahlt auch auf die Stimmung in der Branche aus. Sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate wurden deutlich besser eingeschätzt als ein Jahr zuvor. Gemessen am Durchschnittswert seit 1991 lagen die Saldenwerte bei beiden Indikatoren bei +20 Punkten.

Überraschend positiv entwickelte sich auch die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe. Trotz des verhaltenen Wachstums steigerte die Branche 2013 die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um etwa 1,5% auf 755 000. Angesichts der abgeschmolzenen Arbeitsmarktreserven wurden die Stammebelegschaften nicht nur gehalten, sondern sogar aufgestockt.

Die Zahl der arbeitslosen Baufacharbeiter ging zwar im Jahresdurchschnitt nicht weiter zurück, stabilisierte sich aber mit rund 40 000 auf dem Vorjahresniveau. Gleichzeitig melden immer mehr Firmen Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung. Bei der DIHK-Herbstumfrage 2010 sahen 30% der antwortenden Baufirmen im Fachkräftemangel ein großes Risiko für ihr Unternehmen. Im Herbst 2013 gab dies bereits jedes zweite Unternehmen an.

Baujahr 2014: deutliches Wachstum zu erwarten

Nach Jahren der Investitionszurückhaltung, nicht nur im Öffentlichen Bau, sondern auch im Wirtschaftsbau, sind die Rahmenbedingungen für die Bautätigkeit im neuen Jahr wieder positiver einzustufen. Die Erwartungen der Wirtschaftsforscher an das Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes für 2014 liegen zum Jahreswechsel bei 1,5% bis 2%. Auch das anhaltend niedrige Zinsniveau und die gute Finanzierungssituation der Mehrzahl der Unternehmen sprechen für eine deutliche Zunahme der Investitionstätigkeit im Baubereich. Zudem lassen sich aus dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD einige positive Signale für die Bautätigkeit in Deutschland ableiten, die überwiegend den Öffentlichen Bau betreffen.

Wohnungsbau bleibt Treiber der Baukonjunktur

Einmal mehr wird auch 2014 im Wohnungsbau mit der höchsten Wachstumsrate zu rechnen sein. Alle Vorlaufindikatoren sind positiv:

- Genehmigte Neubauwohnungen Januar bis Oktober 2013: +13%,
- Auftragseingang Januar bis Oktober 2013: +6%,

- Auftragsbestand Ende September 2013: +6%.

Zum Jahresbeginn 2014 zeichnet sich nicht ab, dass sich die positiven Rahmenbedingungen im neuen Jahr deutlich verschlechtern werden. Die weiterhin starke Zuwanderung nach Deutschland, das anhaltend hohe Beschäftigungsniveau, ein realer Einkommenszuwachs der privaten Haushalte und die Suche der Investoren nach einer wertbeständigen Kapitalanlage werden die Entwicklung weiterhin antreiben.

Von dieser Entwicklung profitiert seit 2010 vor allem der Geschosswohnungsbau. Dieser hat 2013 bei den Genehmigungen erstmals seit 15 Jahren wieder den Eigenheimbereich überholt. Nachdem im Vorjahr die Zahl aller fertiggestellten Wohnungen – inklusive der Umbaumaßnahmen im Bestand – bei 230 000 Einheiten gelegen haben dürfte, gehen wir für das neue Jahr von einer weiteren Zunahme auf 250 000 bis 260 000 Einheiten aus. Der Wohnungsbau bleibt damit weiterhin die treibende Kraft der baukonjunkturellen Entwicklung. Die Umsätze des Bauhauptgewerbes in dieser Sparte dürften um 5% bis 6% zulegen.

Wirtschaftsbau bleibt verhalten

Im Wirtschaftsbau sind die Erwartungen an das Jahr 2014 verhaltener. Dies zeigt auch ein Blick auf die Indikatoren:

- Baugenehmigungen (Baukosten) Januar bis Oktober 2013: -1%,
- Auftragseingang Januar bis Oktober 2013: 0%,
- Auftragsbestand Ende September 2013: +6%.

Allerdings legten die Baugenehmigungen im Jahresverlauf zu, dies gilt vor allem für das zweite Halbjahr. Ganz offensichtlich hat sich hier die Aussicht auf ein deutlich stärkeres gesamtwirtschaftliches Wachstum 2014 positiv ausgewirkt. Auch das gute Auftragspolster – der Auftragsbestand per Ende September war der höchste seit 1997 – lässt auf ein Wachstum im neuen Jahr schließen.

Die beste Entwicklung dürften dabei Büro- und Verwaltungsgebäude aufweisen, das Genehmigungsplus in den ersten zehn Monaten 2013 lag bei nahezu einem Viertel. Diese Gebäude sind das „klassische“ Objekt für Kapitalanleger. Da es hier in den vergangenen Jahren keine Preisblase gab, begrenzt dies in den Augen potenzieller Investoren auch das Verlustrisiko. Im Industriebereich (Fabrik- und Werkstattgebäude, Betriebsgebäude) war die Entwicklung bei den Baugenehmigungen 2013 deutlich verhaltener.

Es hat sich allerdings in den vergangenen Jahren gezeigt, dass Investoren zunehmend schneller auf positive wie negative Marktsignale reagieren. Verfestigt sich das konjunkturelle Bild eines stärkeren Wirtschaftswachstums, dürften in diesen Segmenten 2014 auch kurzfristig Investitionen realisiert werden. Aus heutiger Sicht erscheint 2014 im Wirtschaftsbau ein nominales Umsatzwachstum von 1% bis 2% realistisch.

Öffentlicher Bau im Aufschwung

Auch wenn das 1. Halbjahr – witterungsbedingt – seine Spuren in den Baustatistiken hinterlassen hat, war die Entwicklung bei den Vorlaufindikatoren insgesamt positiv:

- Baugenehmigungen (Baukosten) Januar bis Oktober 2013: +42%,
- Auftragseingang Januar bis Oktober 2013: +3%,
- Auftragsbestand Ende September 2013: +13%.

Das hohe Genehmigungswachstum muss allerdings mit Vorsicht interpretiert werden. Es bezieht sich auf den Hochbau, der im Öffentlichen Bau des Bauhauptgewerbes nur einen Produktionsanteil von etwa einem Fünftel hat. Der hohe Auftragsbestand beruht auch auf den witterungsbedingten Produktionsausfällen im 1. Halbjahr, die Bauunternehmen schieben immer noch eine „Bugwelle“ nicht oder nicht komplett abgearbeiteter Aufträge vor sich her. Damit dürfte allerdings die Produktion zumindest im Winterhalbjahr ausgelastet sein.

Erfreulicherweise wird sich im neuen Haushaltsjahr der finanzpolitische Handlungsspielraum bei Bund, Ländern und Gemeinden nochmals verbessern. Die Steuereinnahmen sollen um weitere 20 Mrd. Euro auf den neuen Rekordwert von 609 Mrd. Euro steigen. Auch die Kommunen als wichtigster öffentlicher Auftraggeber werden davon profitieren. Weitere Bauimpulse sind davon zu erwarten, dass in einigen Bundesländern noch die Schäden, die das Hochwasser im vergangenen Jahr an der Infrastruktur angerichtet hat, beseitigt werden müssen.

Allerdings ist auf kommunaler Ebene die Finanzsituation weiterhin gespalten, so dass in finanzschwachen Kommunen weiterhin mit Investitionszurückhaltung zu rechnen ist. Zwar erwartet der Deutsche Städtetag für 2014 einen positiven Finanzierungssaldo von rund 4 Mrd. Euro. Gleichzeitig sollen aber nach seiner Prognose die Ausgaben für Baumaßnahmen nur um 300 Mio. Euro bzw. gut 1% zulegen. Bisher fehlen überzeugende Konzepte, um ein immer stärkeres Auseinanderdriften der „reichen“ und „armen“

Kommunen zu stoppen. Insgesamt dürften die Umsätze des Bauhauptgewerbes im Öffentlichen Bau 2014 nominal um 2% bis 3% zulegen.

Auf Basis dieser Teilprognosen ergibt sich für das gesamte Bauhauptgewerbe im neuen Jahr ein nominelles Umsatzwachstum von 3% bis 4%. Bei einer unterstellten Preissteigerung von 2% gehen wir von einer realen Zunahme von 1% bis 2% aus. Das heißt: Auch auf dem Bauarbeitsmarkt ist mit einem weiteren Beschäftigungsaufbau zu rechnen; im Jahresdurchschnitt dürften die Erwerbstätigen im Bauhauptgewerbe um rund 1,5% auf 765 000 zunehmen.

Investitionsoffensive notwendig

In den vergangenen Monaten hat eine heftige Debatte darüber eingesetzt, ob die Investitionen in Deutschland hoch genug sind. Dies schließt auch den Staat ein. 2012 wies Deutschland mit einer staatlichen Bruttoinvestitionsquote von 1,5% (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) den – abgesehen von Österreich – niedrigsten Wert aller OECD-Länder auf. So liegen nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank die Abschreibungen für den Staatssektor seit über zehn Jahren höher als die Investitionen. Mit anderen Worten: Die deutsche Infrastruktur wird auf Verschleiß betrieben.

Der darauf basierende Befund hat inzwischen Besorgnis erregende Ausmaße angenommen. So hat die Kommission „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ für die Verkehrswege von Bund, Ländern und Gemeinden einen Ersatz- und Nachholbedarf von 108 Mrd. Euro ermittelt.¹ Das Deutsche Institut für Urbanistik hat für den kommunalen Bereich sogar einen Investitionsstau von 128 Mrd. Euro berechnet.² Im vergangenen Bundeswahlkampf waren sich alle etablierten Parteien darin einig, dass die Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur in der neuen Legislaturperiode deutlich ausgeweitet werden müssen.

Von den eigentlich zugesagten 11 Mrd. Euro für die Haushaltsjahre 2014 bis 2017 sind am Ende der Koalitionsverhandlungen nur noch 5 Mrd. Euro übrig geblieben. Das zeigt das Grunddilemma: Bei den Ausgaben gehen Wahlversprechen wie Rente und Gelder für konsumtive Ausgaben stets vor Investitionen. Da mit der Verabschiedung des Bundeshaushaltes für das neue Jahr zudem frühestens im April/Mai 2014 zu rechnen ist, dürfte die Ausweitung der Verkehrswegeinvestitionen des Bundes mit hoher Wahrscheinlichkeit erst 2015 zum Tragen kommen. Wir können

¹ Bericht der Kommission „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“, Dezember 2012, S. 37/38.

² Kreditanstalt für Wiederaufbau: KfW Kommunalpanel 2012, Mai 2013, S. 40.

Die Autoren des Zeitgesprächs



Michael Knipper ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie in Berlin.



Matthias Wissmann ist Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) in Berlin.



Dr. Utz Tillmann ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) in Frankfurt am Main.



Dr. Klaus Mittelbach ist Vorsitzender der Geschäftsführung des ZVEI – Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie in Frankfurt am Main.



Dr. Ralph Wiechers ist Leiter der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) in Frankfurt am Main.

die neue Bundesregierung daher nur auffordern, alles zu tun, damit zumindest ein Teil der zusätzlichen Investitionen bereits im laufenden Jahr produktionswirksam wird.

Fakt bleibt aber: Mit einer staatlichen Investitionsquote von nur noch 4,5% der Gesamtausgaben können wir die Infrastruktur in Deutschland weder qualitativ erhalten noch angemessen ausbauen. Um zumindest wieder das Niveau der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zu erreichen, müssten die Gebietskörperschaften ihre Investitionstätigkeit pro Jahr um rund 20 Mrd. Euro erhöhen. Angesichts der für die nächsten Jahre prognostizierten stark steigenden Steuereinnahmen erscheint dies nicht unmöglich.

Matthias Wissmann

Das Automobiljahr 2014 bringt Aufwärtsbewegung

Das Automobiljahr 2013 war – global betrachtet – durchaus erfreulich: Der Pkw-Weltmarkt legte um 5% auf 72,2 Mio. Einheiten zu. Getragen wird das Wachstum von den beiden großen Märkten USA und China: Der US-Markt stieg 2013 um 8% auf rund 15,5 Mio. Light Vehicles. Das Wachstum in China war mit 21% sogar dreimal so hoch. Der chinesische Pkw-Markt hat 2013 die 16-Mio.-Marke erreicht und war damit erstmals der größte Markt. Die deutschen Hersteller können in China das dortige hohe Wachstumstempo mitgehen – sie haben einen Marktanteil von über 20%.

Westeuropa hingegen befindet sich nach schwierigen Jahren auf dem Weg der langsamen Erholung. Im Gesamtjahr 2013 lag der Absatz mit 11,4 Mio. Pkw zwar noch 3% unter dem Vorjahr, doch im zweiten Halbjahr war eine leichte Aufwärtsentwicklung erkennbar: Abgesehen vom August lag der Absatz jeweils über dem Vorjahresmonat. Insgesamt wurde damit allerdings das schwache erste Halbjahr nicht vollständig kompensiert.

Der japanische Markt war 2013 mit knapp 4,4 Mio. Pkw leicht rückläufig. Vom russischen Markt gingen 2013 keine Impulse aus (-7% auf gut 2,7 Mio. Einheiten), ähnlich sieht es in Indien aus (-9% auf gut 2,5 Mio. Pkw). Der Absatz in Brasilien blieb leicht unter dem Vorjahresniveau (-1% auf 3,6 Mio. Light Vehicles).

Pkw-Inlandsmarkt 2013 noch verhalten

Der Pkw-Inlandsmarkt hat sich 2013 erwartungsgemäß verhalten entwickelt. Im Gesamtjahr wurden 2,95 Mio. Personenwagen neu zugelassen, das entspricht einem Rückgang von 4%. Allerdings hat sich die Lage im zwei-

Die Politik muss nun allerdings auch die Kraft aufbringen, die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen. Zwar sind im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung keine direkten Belastungen für die Baubranche enthalten. Ob allerdings geplante Maßnahmen wie die Mietpreisbremse ihren politischen Zweck erfüllen, darf mehr als bezweifelt werden. Nicht umsonst warnen unisono Bundesbank³ und Sachverständigenrat⁴ vor deren Bremswirkung auf potenzielle Wohnungsinvestoren.

³ Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, Oktober 2013, S. 30.

⁴ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2013/2014, S. 467, Ziffer 866.

ten Halbjahr verbessert: Von Januar bis Juni lagen die Neuzulassungen noch um 8% unter dem Vergleichswert des Vorjahres, von Juli bis Dezember waren es nur noch plus/minus 0%. Im Dezember wurden 215 300 Pkw neu zugelassen (+5%). Die langsame Stabilisierung des deutschen Marktes setzte sich also fort. Erfreulich ist, dass der Inlandsauftragseingang der deutschen Hersteller sich im zweiten Halbjahr mit plus 4% ebenfalls aufgehellt hat (1. Halbjahr: -4%). Auch hier sehen wir eine deutliche Stabilisierung.

Trotz des schwierigen westeuropäischen Marktes legten Export und Inlandsproduktion im Gesamtjahr 2013 leicht zu. Die Pkw-Fertigung an den deutschen Standorten erreichte 5,45 Mio. Einheiten (+1%), der Export wuchs mit 4,2 Mio. Neuwagen um 2%. Der starke Export – mehr als drei von vier Autos, die hier gebaut werden, gehen in internationale Märkte – sorgte für eine gestiegene Beschäftigung am Standort Deutschland: Die Stammbeschäftigten umfassten 761 200 Mitarbeiter (Oktober 2013), das entspricht einem Plus von 12 700 Arbeitsplätzen. Im Jahresverlauf (Januar bis Oktober) lag die Beschäftigung bei 754 800. Das sind 13 500 Mitarbeiter mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. In den ersten zehn Monaten konnte der Umsatz der deutschen Automobilindustrie mit 301 Mrd. Euro auf dem hohen Vorjahresniveau gehalten werden.

Die Auslandsfertigung ist im vergangenen Jahr erneut gestiegen. Für das Gesamtjahr ergab sich ein Produktionsvolumen an den internationalen Automobil-Standorten von 8,7 Mio. Einheiten (+6%). Das Wachstum fand vor allem in China und im Mercosur statt. Die deutsche Automobilindustrie produzierte damit 2013 knapp 14,2 Mio. Autos weltweit, davon 5,45 Mio. im Inland.

Autojahr 2014: Weltmarkt wächst – Westeuropa dreht erstmals wieder leicht ins Plus

Für 2014 erwarten wir insgesamt einen Weltmarkt, der auf 74,7 Mio. Pkw (+3%) steigen wird. Abgesehen von Japan (-4%) rechnen wir damit, dass sich alle relevanten Märkte positiv entwickeln werden. China nimmt das Wachstumstempo zwar etwas zurück, doch mit konservativ geschätzten plus 7% wird dieser Markt 2014 die 17-Mio.-Marke knacken (17,1 Mio. Pkw). Die USA nähern sich mit plus 3% der 16-Mio.-Marke (15,9 Mio. Light Vehicles). Westeuropa kommt nach vier Jahren erstmals wieder ins Plus. Wir erwarten 11,6 Mio. Einheiten (+2%). Das ist noch kein kraftvoller Aufschwung, eher eine Seitwärtsbewegung. In den neuen EU-Ländern geht die Erholung mit einem Wachstum von 7% schneller voran. Auch Indien (+7%), Russland (+3%) und Brasilien (+2%) beginnen sich zu stabilisieren, wobei Indien und Russland ihre Wachstumsmöglichkeiten noch nicht voll ausschöpfen.

Werden die Struktur des Weltmarktes 2009 und 2014 verglichen, wird die Veränderung besonders deutlich: China wird von 8,4 Mio. auf 17,1 Mio. Pkw zulegen, die USA von 10,4 auf 15,9 Mio. Light Vehicles, während der westeuropäische Markt von 13,7 Mio. auf 11,6 Mio. Pkw zurückgeht. In Marktanteilen heißt das: Chinas Anteil am Pkw-Weltmarkt steigt in diesen fünf Jahren von 15% auf 23%, die USA legen von 19% auf gut 21% zu. Westeuropa hingegen geht von 25% auf knapp 16% zurück. Allerdings wäre es verkehrt, die aktuelle Schwäche Westeuropas als „Normalzustand“ für die nächsten Jahre anzusehen. Wir haben dies 2009, als die USA im „Krisenmodus“ waren, auch nicht getan – und sind bestätigt worden. Für Westeuropa erwarten wir in den kommenden Jahren ebenfalls einen Hochlauf, allerdings mit geringerer Dynamik. Die Erholung wird ihre Zeit brauchen.

Es spricht für die Stärke der deutschen Automobilindustrie, deren Anteil am Welt-Pkw-Markt rund ein Fünftel beträgt, dass sie sich auf die Veränderungen eingestellt hat und Schritt hält mit dem Wachstum des Pkw-Weltmarktes. Die deutschen Hersteller werden 2014 knapp 14,7 Mio. Pkw weltweit produzieren, davon rund 5,47 Mio. Einheiten im Inland. Die Auslandsfertigung wird um 6% auf 9,2 Mio. Pkw steigen. Der Export bleibt mit 4,2 Mio. Einheiten 2014 stabil. Wir erwarten daher eine stabile Beschäftigung am Automobilstandort Deutschland. Der Pkw-Inlandsmarkt wird 2014 rund 3 Mio. Neuzulassungen umfassen und damit leicht über dem Niveau des Jahres 2013 liegen. Allerdings gilt dies nur dann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und sich die derzeit erkennbare Erholung fortsetzt.

Bei der Elektromobilität gibt es ermutigende Zeichen, sie nimmt immer stärker Fahrt auf. Bis Ende 2014 bringen die deutschen Hersteller 16 Serienmodelle mit Elektroantrieb auf den Markt. Von Januar bis November wurden in Deutschland

7100 Elektro-Pkw neu zugelassen (inklusive Plug-in), ein Plus von 85%. Mehr als drei Viertel sind übrigens reine E-Autos (ohne Plug-in-Hybrid).

Balance zwischen Sozialstaat und Wettbewerbsfähigkeit wahren

Wir gehen nach einem insgesamt ordentlichen Autojahr 2013 durchaus mit Zuversicht ins neue Jahr. 2014 bietet Chancen. Die Einschätzung der Märkte steht natürlich unter der Voraussetzung, dass die Finanzstabilität Europas weiter zunimmt und die politischen Rahmenbedingungen am Standort Deutschland auf mehr Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden.

Denn wir stehen vor erheblichen Herausforderungen: So muss der Koalitionsvertrag in eine stabile Regierungsarbeit münden – stabile Mehrheitsverhältnisse sind nicht alles. Es ist richtig, dass die kommende Koalition beabsichtigt, in der Europapolitik den Weg zur Stabilisierung des Euro fortzusetzen. Wir begrüßen, dass die Steuerschraube zumindest nicht weiter angezogen werden soll und zudem ein grundsätzliches Bekenntnis zum Industriestandort Deutschland gegeben wird. Dies reicht aber nicht, um unser Land wirtschaftlich wetterfest in die Zukunft zu führen.

Kritisch ist besonders der kostspielige Ausbau des Sozialstaats, der in seiner Folgewirkung die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands belastet. Der Industriestandort Deutschland ist auf bezahlbare Energiekosten angewiesen, die stets im internationalen Vergleich gesehen werden müssen. Der Koalitionsvertrag senkt die Energiekosten für die Automobilindustrie nicht, will aber den Kostenanstieg begrenzen.

Es ist richtig, dass die neue Bundesregierung der Verkehrsinfrastruktur einen neuen Stellenwert einräumt. Allerdings sind die im Vertrag erwähnten zusätzlichen Bundesmittel für die gesamte Legislaturperiode nicht ausreichend. Eine Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen belastet vor allem inländische Transportunternehmen und verteuert damit den Logistikstandort Deutschland. Auch die geplante Pkw-Maut bringt zusätzliche Belastungen und ist konzeptionell auf Sand gebaut.

Mit Sorge sehen wir, dass auf dem Arbeitsmarkt bewährte und wichtige Instrumente eingeschränkt werden sollen. Die Flexibilität, die dem Standort Deutschland und seinen Beschäftigten in den vergangenen Jahren erheblich geholfen hat, darf nicht durch starre Regelungen ersetzt werden. Die Regierungsarbeit sollte in der Umsetzung des Koalitionsvertrages die Balance zwischen dem Ausbau des Sozialstaats und der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschlands wahren.

Utz Tillmann

Wechselhaftes Jahr 2013 – Aufwärtstrend beim Chemiegeschäft 2014

Die deutsche Chemie hat 2013 ein wechselhaftes Jahr erlebt. Betrachtet man alle Monate in einer Gesamtbilanz lautet das Ergebnis: 2013 war weder besonders gut noch schlecht für die Branche. Das hängt vor allem damit zusammen, dass sich die Chemie in einem wirtschaftlichen Umfeld durchsetzen musste, das von vielen Unwägbarkeiten geprägt war.

In Europa hatte sich die Rezession zu Jahresbeginn zunächst fortgesetzt. Erst im weiteren Verlauf schaffte die Wirtschaft in der EU die Trendwende. Die Dynamik blieb aber niedrig, sodass die Chemienachfrage nur leicht zulegte. Auch die US-Wirtschaft wuchs nur schwach. Auslöser waren politisch bedingte Sparmaßnahmen. Der Streit um die Anhebung der Schuldenobergrenze führte sogar vorübergehend zu einer Haushaltssperre. Die Schwellenländer waren ebenfalls keine stabile Stütze der Weltkonjunktur. In Indien, Brasilien und auch in China ließ die Wachstumsdynamik deutlich nach.

Die deutsche Chemie machte dennoch das Beste aus den widrigen Umständen. Bei steigender Nachfrage nach Chemieerzeugnissen im Inland stieg das Produktionsniveau der Unternehmen 2013 um 1,5%. Die Anlagen waren mit durchschnittlich 84% normal ausgelastet. Lediglich die Basischemie musste im Vorjahresvergleich einen Produktionsrückgang verbuchen: Die Herstellung von Petrochemikalien sank um 1,5%, die Produktion von Industriegasen, Düngemitteln und anderen anorganischen Grundstoffen verringerte sich ebenfalls um 1,5%. Die positive Ausnahme unter den Basischemikalien bildeten die Polymere. Hier ergab sich ein Plus von 3,5%. Die Geschäfte mit Fein- und Spezialchemikalien belebten sich ebenfalls. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich für dieses Segment 2013 ein Produktionsplus von 1,5%. Bei den konsumnahen Chemikalien wurde das Produktionsniveau des Vorjahres um 3% übertroffen. Das Pharmageschäft entwickelte sich über das Jahr gut. Nach dem Produktionsrückgang 2012 ging es wieder aufwärts. Die Produktion stieg um 3%.

Die Preise für Chemieerzeugnisse gingen 2013 zurück. Vor dem Hintergrund der schwachen Weltkonjunktur und einer Ausweitung der Förderung kosteten Rohstoffe 2013 etwas weniger als im Vorjahr. Naphtha, der wichtigste Rohstoff der deutschen Chemie, verbilligte sich sogar um fast 10%. Um ihre Kapazitäten weiterhin gut auslasten zu können, gaben die Unternehmen die gesunkenen Rohstoffpreise an die Kunden weiter. Deshalb sanken die Chemikalienpreise im Jahresverlauf um 1%.

So konnte die chemische Industrie ihren Gesamtumsatz 2013 trotz gestiegener Produktionsmengen nur leicht ausweiten. Mit insgesamt 187,7 Mrd. Euro lag der Umsatz der Chemieindustrie lediglich um 0,5% höher als ein Jahr zuvor. Im Inland weiteten die industriellen Kunden der Branche ihre Produktion aus und bestellten mehr Chemikalien. Der Inlandsumsatz stieg 2013 um 1% auf 74,7 Mrd. Euro. Demgegenüber stagnierte der Auslandsumsatz der Chemie bei insgesamt 113 Mrd. Euro. Das Geschäft mit den europäischen Staaten konnte dabei leicht zulegen. Der Auslandsumsatz mit den NAFTA-Staaten war leicht rückläufig. Deutlich im Minus war das Auslandsgeschäft mit Lateinamerika und Asien.

Trotz der anhaltenden konjunkturellen Unsicherheit in den weltweiten Märkten haben die Chemieunternehmen 2013 weiter Beschäftigung aufgebaut. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Branche stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,5%. Die deutschen Chemieunternehmen beschäftigten damit aktuell rund 436 500 Mitarbeiter.

Perspektiven 2014

Obwohl das Chemiegeschäft 2013 insgesamt verhalten blieb, sind die Unternehmen zu Beginn des Jahres mit ihrer Situation nicht unzufrieden. Die Mehrheit der Chemiebetriebe rechnet für Anfang 2014 mit einer Belebung des Geschäftes. Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) geht außerdem davon aus, dass die Binnenkonjunktur weiter Fahrt aufnehmen wird. Die Zeichen bei der Auslandskonjunktur stimmen für 2014 ebenfalls zuversichtlich. Die Stabilitätsmechanismen in der Eurozone greifen. Das Prinzip Fördern und Fordern hat sich bewährt. Irland konnte den Euro-Rettungsschirm verlassen. Auch in den anderen Schuldenländern greifen die Reformen. Spanien, Portugal und selbst Griechenland haben die Rezession überwunden. Europa dürfte also 2014 expandieren – wenngleich die wirtschaftliche Dynamik niedrig bleibt.

Nach dem Ende des Haushaltsstreits sollte sich auch die Wirtschaft in den USA wieder beschleunigen. Eine expansive Geldpolitik und ein vom billigen Schiefergas ausgelöster Investitionsboom beflügeln das Wachstum zusätzlich. Nur aus den Schwellenländern Asiens und Südamerikas kommen unterschiedliche Signale. Von dort sind weniger Wachstumsimpulse zu erwarten als in der Vergangenheit. Insgesamt können wir festhalten: Die Weltwirtschaft hat in diesem Jahr die Talsohle durchschritten. Für das deutsche Chemiegeschäft wird es vor diesem Hintergrund 2014

weiter langsam aufwärtsgehen. Der VCI erwartet daher für das Gesamtjahr 2014 einen Anstieg der Chemieproduktion von 2%. Die Erzeugerpreise dürften leicht sinken. Der Branchenumsatz sollte um 1,5% auf 190,5 Mrd. Euro steigen.

Deutsche Chemie investiert verstärkt im Ausland

Betrachtet man die konjunkturellen Perspektiven – wir erwarten für die gesamte Industrie 2014 einen Produktionszuwachs von 2% – ist die Politik aufgerufen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht durch zusätzliche Regulierungen oder finanzielle Belastungen zu untergraben. Bei der Energiewende ist das Gegenteil der Fall. Die chemische Industrie – vor allem mittelständische Unternehmen – werden 2014 trotz Härtefallregelung rund 1 Mrd. Euro EEG-Umlage abführen. Ohne Maßnahmen für einen sofortigen Kostenstopp wird diese Belastung 2015 weiter steigen. Eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die dies verhindert, ist durch ein Bündel von Maßnahmen machbar. Der VCI hat dafür Vorschläge unterbreitet. Die im Koalitionsvertrag skizzierte EEG-Reform greift jedoch viel zu kurz. Das nur vage Konzept der neuen Bundesregierung wird nicht zu einem Kostenstopp führen. Außerdem ist nach wie vor unklar, ob energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, am Ende auch im heutigen Maße entlastet bleiben werden. Die EU-Kommission stellt mit dem eingeleiteten Beihilfeverfahren die besondere Ausgleichsregelung für diese Betriebe in Frage. Das schafft einen hohen Grad an Unsicherheit, die sich gravierend auf Investitionen auswirken kann. Eine Veränderung im Investitionsverhalten der Unternehmen ist ohnehin bereits erkennbar: 2012 übertrafen die Auslandsinvestitionen der Branche erstmals seit 2001 die Ausgaben für Sachanlagen im Inland. Sie legten mit rund 25% sprunghaft auf 7,7 Mrd. Euro zu. Dagegen stagnierten die inländischen Investitionen bei 6,3 Mrd. Euro.

Auffällig ist besonders der Anstieg der Investitionen in Nordamerika. Von 2010 bis 2012 hat die deutsche Chemie dort mehr als 6,5 Mrd. Euro für neue Produktionsanlagen oder ihre Erweiterung ausgegeben. Allein 2012 kletterten die Investitionen der Branche in der NAFTA-Region um 54% auf rund 3,2 Mrd. Euro. Der Hauptgrund für diese Entwicklung liegt auf der Hand: Im Zug der intensiven Förderung von Schiefergas sind die Energie- und Rohstoffkosten in den USA in den vergangenen Jahren drastisch gesunken, während sie in Deutschland vor allem wegen der Energiewende kräftig stiegen. Derzeit ist Strom hierzulande rund 2,5-mal so teuer wie in den USA, Gas sogar dreimal so teuer.

EEG-Reform und Freihandelsabkommen benötigt

Die Wettbewerbsposition der US-amerikanischen Industrie hat sich durch die niedrigen Energiepreise deutlich ver-

bessert. Für Deutschland heißt das im Umkehrschluss: Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie darf unter der Energiepolitik nicht leiden. Versorgungssicherheit, Umweltschutz und Bezahlbarkeit müssen gleichberechtigte Aspekte der Energiewende sein. Das ist heute nicht der Fall. Während die Ausbauziele für erneuerbare Energien übererfüllt werden, explodieren die Stromkosten. Deshalb muss es im Rahmen einer Reform des EEG gelingen, die Gesamtkosten der Energiewende zu deckeln. Nur mittels eines straffen Projektmanagements, das politisch in einer Hand bleibt, lassen sich die erkannten Zielkonflikte und Probleme der Energiewende lösen. Dazu gehört auch, dass der Zubau von erneuerbaren Energien besser mit dem Netzausbau koordiniert wird.

Eine EEG-Reform muss auch beinhalten, dass die Energiewende in einen europäischen Kontext gestellt wird. Nationale Alleingänge bringen nichts, wie die sich widersprechenden Regulierungsinstrumente des EEG und des europäischen Handels für CO₂-Zertifikate zeigen. Nur eine europäische Lösung bietet die Chance, gleichzeitig mehr Klimaschutz und eine EU-weite Energiewende zu vertretbaren Kosten im EU-Binnenmarkt zu realisieren.

Ein weiteres wichtiges Politikfeld, das die exportstarke Chemie unmittelbar tangiert, ist die Handelspolitik. 2013 haben die EU und die USA Verhandlungen für ein umfassendes Freihandelsabkommen zwischen beiden Regionen aufgenommen. Diesen Schritt begrüßt der VCI nachdrücklich. Die USA sind außerhalb Europas der mit Abstand wichtigste Handelspartner für die deutsche Chemie. Das wird auch der Bedeutungsgewinn Chinas auf absehbare Zeit nicht ändern.

Ein Freihandelsvertrag zwischen der EU und den USA muss aus Sicht der Chemie mehrere Ziele anstreben. Neben der Abschaffung aller Industriezölle ist insbesondere die Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse wichtig. Als erster Schritt sollte unnötige Doppelarbeit vermieden werden, bei Beibehaltung der hohen Schutzstandards. Warum ist es nötig, dass Inspektionen zu den sogenannten „good manufacturing practices“ sowohl von US- als auch von EU-Agenturen durchgeführt werden? Wären die Standards vergleichbar, würde es vollkommen ausreichen, wenn diese Inspektionen entweder in den USA oder in der EU stattfinden. Jede Seite könnte die Prüfergebnisse der anderen anerkennen. In einem zweiten Schritt ließen sich dann Standards im Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz stärker aufeinander abstimmen. Am Ende des Prozesses sollte eine Konvergenz der Regelungen stehen. Das wirtschaftliche Potenzial eines Freihandelsvertrags ist enorm. Mit diesem Ziel vor Augen sollten Europa und die USA bei ihren Verhandlungen 2014 ein großes Stück vorankommen.

Klaus Mittelbach

Deutsche Elektroindustrie – innovative Technologien für Wachstum und Wohlstand

Im inzwischen fünften Jahr nach der 2008er Krise ist die globale Wirtschaft, in deren Arbeitsteilung die deutsche Elektroindustrie sehr tief eingebunden ist, immer noch nicht zur Normalität zurückgekehrt. Dies hat sich auch 2013 in der Produktions- und Geschäftstätigkeit der Branche niedergeschlagen. Ein Mangel an Aufträgen hat 2013 das größte Produktionshemmnis dargestellt. Die globale Wirtschaftsleistung sowie auch die Investitionstätigkeit in den Industrieländern haben sich 2013 schwächer entwickelt als 2012. Der Welthandel wird 2013 gerade einmal um 2½% gewachsen sein. Im Inlandsgeschäft haben vor allem Unsicherheiten beim politischen Management der Energiewende nicht nur die in stärkerem Maße energiepreisabhängigen Kundenbranchen belastet.

Unseren Berechnungen zufolge ist die reale Produktion der Elektrounternehmen 2013 um 3% unter ihrem Vorjahreswert geblieben. Die nominalen Erlöse sind – bei gleich gebliebenen Erzeugerpreisen – um 2½% auf 166 Mrd. Euro gesunken, wobei dieses Ergebnis auch von Währungseffekten beeinflusst ist. Bekanntlich sind die Prognosen sowohl für die Weltwirtschaft als auch für die deutsche Wirtschaft 2013 mehrfach gesenkt worden. Entsprechend hatte die deutsche Elektroindustrie bereits im Frühherbst darauf hingewiesen, dass die erstmals im Dezember 2012 veröffentlichte Produktionsprognose (+1,5%) so nicht zu erreichen ist.

Im Vorkrisenjahr 2008 hatte die Branchenproduktion noch zulegen können. Der tiefe 2009er Einbruch konnte dann in den Jahren 2010 und 2011 – und damit letztlich in kürzester Zeit! – aufgeholt werden. Seit Ende 2011 bzw. Anfang 2012 entwickelt sich die Produktion aber eher schlep-pend. Aktuell liegt sie wieder unter dem 2008er Niveau. Allerdings: Betrachtet man den gesamten Zeitraum nach der Rezession des Jahres 2009 bis heute, so ist die Elektroproduktion von 2010 bis 2013 um durchschnittlich 5% pro Jahr gestiegen.

Exporte

Neben einer zurückhaltenden Investitionsnachfrage hat sich 2013 auch ein Schwächeln des Exports, der sonst regelmäßig ein Zugpferd ist, im Geschäftsverlauf der deutschen Elektrofirmen bemerkbar gemacht. Das nachlassende Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern hat dazu geführt, dass Ausfuhrückgänge nach Europa bzw. in den Euroraum diesmal nicht von hohen Zuwächsen der

Exporte in die Schwellenländer (über-)kompensiert werden konnten.

2013 sind die Elektroexporte insgesamt um 2% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Das hat vor allem an der schwachen Entwicklung der Ausfuhren in die Eurozone – die rund ein Drittel aller Branchenexporte aufnimmt – gelegen. Sie sind um fast 4% zurückgegangen. Im Exportgeschäft mit Frankreich gab es ein Minus von 1%, mit Italien und Spanien von 14% und 3%. Auch in die USA, dem größten Abnehmerland vor China und Frankreich, haben die Ausfuhren in den ersten drei Quartalen dieses Jahres stagniert. Dagegen haben die Exportgeschäfte mit China nach nur verhaltenem Wachstum im vergangenen Jahr 2013 wieder auf einen soliden Wachstumspfad zurückgefunden und bislang um rund 9% zugelegt.

2013 stand einem 3%igen Exportrückgang in die Industrieländer nur ein leichtes Plus von knapp 1% der Ausfuhren in die Schwellenländer gegenüber. Zuletzt hat die Exportdynamik aber wieder an Schwung gewonnen. Die Elektroausfuhren in den Euroraum sind im September erstmalig wieder auf breiter Front gestiegen. Einzig in Griechenland gab es noch Rückgänge. Die Exporte nach China und in die USA sind im September um 20% bzw. 7% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Wir gehen deshalb davon aus, dass die Branchenexporte im gesamten Jahr 2013 nur leicht um 1% auf dann 158 Mrd. Euro zurückgegangen sind. Den Kritikern der deutschen Exportorientierung sei gesagt: Mit unseren Exporten steigt auch unser Bedarf an Vorleistungsgütern, die wir nicht zuletzt aus dem übrigen Europa beziehen.

Sorge bereiten uns die Beeinflussung von Wechselkursen mit dem Ziel, Marktanteile zu verteidigen oder auszubauen, sowie die Zunahme protektionistischer Maßnahmen. Deshalb begrüßen wir sehr den jüngsten WTO-Abschluss. Auch die angestrebte transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA unterstützen wir.

Beschäftigte

Erfreulich ist nach wie vor die Entwicklung der Beschäftigten in unserer Branche. Die Zahl der Mitarbeiter der deutschen Elektroindustrie belief sich zuletzt auf 842 000. Das sind 15 000 mehr als Ende 2008. Seit April 2010, als

die branchenweite Beschäftigtenzahl krisenbedingt auf 800 000 gefallen war, haben die Elektronunternehmen mehr als 40 000 neue Jobs geschaffen. Zählt man die 665 000 Auslandsbeschäftigten zu den inländischen Mitarbeitern hinzu, so hat die deutsche Elektrobranche weltweit inzwischen mehr als 1,5 Mio. Beschäftigte.

Drei „I“ als Erfolgsfaktoren: Investitionen, Innovationen, Internationalisierung

Industrie und industrienaher Dienstleistungen erwirtschaften ein Drittel des Sozialprodukts hierzulande. Die zugrunde liegenden Erfolgsfaktoren lassen sich kurz mit drei „I“ beschreiben: Investitionen, Innovationen und Internationalisierung. Auch und gerade die deutsche Elektroindustrie setzt hierauf. Unsere Investitionen und Aufwendungen für Forschung und Entwicklung belaufen sich auf 21 Mrd. Euro bzw. 13% des Branchenumsatzes. Acht von zehn Elektronunternehmen bringen regelmäßig Produkt- oder Prozessinnovationen hervor. Mit einer steuerlichen Forschungsförderung, weniger Bürokratie, Flexibilität am Arbeitsmarkt oder Augenmaß bei den Sozialabgaben sollte die Politik diese Wettbewerbsfähigkeit sichern helfen. Leider weist der Koalitionsvertrag hier eher in die entgegengesetzte Richtung.

Schließlich zeugt die durchschnittliche Eigenkapitalquote der deutschen Elektronunternehmen in Höhe von 40% von der sehr gesunden betriebswirtschaftlichen Verfasstheit der Branche.

Ausblick auf 2014

Die Prognose-Unsicherheit ist weiterhin hoch. Dennoch sind wir zuversichtlich, in diesem Jahr wieder wachsen zu können. Der Ausblick für die Weltwirtschaft, für Europa und für Deutschland hat sich aufgehellt. Die Auftrags-eingänge sind zwischen Januar und Oktober 2013 um 2% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Allein im Oktober gab es ein Bestellplus von 6%. Dabei kamen die stärksten Impulse aus dem Nicht-Euro-Ausland (+15,5%). Aber auch aus dem Inland sowie aus dem Euroraum gingen zuletzt jeweils 1% mehr Aufträge ein. Wesentliche Stimmungs-indikatoren in unserer Branche befinden sich deutlich im positiven Bereich. Die Kapazitätsauslastung in der Elektroindustrie ist zu Beginn des vierten Quartals 2013 zum zweiten Mal in Folge gestiegen – auf jetzt 84% der betriebsüblichen Vollaustattung. Damit übersteigt der Auslastungsgrad wieder seinen langjährigen Mittelwert von 83%. Auch die Reichweite der Auftragsbestände hat sich auf überdurchschnittliche 2,7 Monate erhöht. Der jüngsten Konjunkturumfrage des ZVEI-Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (von Anfang November 2013) zufolge erwarten 70% der befragten Branchenunterneh-

men 2014 ein Erlöswachstum zwischen 2% und 4%. Entsprechend glauben wir, dass die preisbereinigte Produktion der gesamten deutschen Elektroindustrie 2014 wieder um 2% zulegen wird. Der Branchenumsatz sollte entsprechend auf knapp 170 Mrd. Euro steigen.

Die weiter voranschreitende Globalisierung, das Streben der Entwicklungs- und Schwellenländer nach mehr Wohlstand, das Wachstum der Weltbevölkerung bei gleichzeitiger Alterung zahlreicher Volkswirtschaften, der Klimawandel, Umweltprobleme und die Knappheit natürlicher Ressourcen oder der zunehmende Bedarf an Wissen und Information, Vernetzung, Sicherheit und Infrastruktur stellen die Welt vor enorme Herausforderungen. Für die innovativen Technologien, Produkte und Systemlösungen der Elektroindustrie bieten sich hier entsprechend Marktchancen.

Die Entkoppelung der Elektroindustrie von manch anderen Industriebranchen zeigt sich auch bei Themen wie „Energie“ oder „Industrie 4.0“. Die Energiewende bringt enorme wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen mit sich. Die erforderlichen innovativen Technologien sind größtenteils vorhanden, und sie kommen aus der Elektroindustrie. Es bedarf vor allem eines politischen Gestaltungswillens, um diese Jahrhundertaufgabe zum Erfolg zu führen. Es wird noch zu viel über die Risiken und zu wenig über die Chancen der Energiewende diskutiert. Sie bietet uns bei erfolgreicher Umsetzung und Integration in einen gesamteuropäischen Energiemarkt die Möglichkeit, deutsche Technologie zu exportieren. Voraussetzung dafür ist ein neues, nachhaltiges Marktdesign, das die erneuerbaren Energien als zentralen Bezugspunkt hat, diese aber stärker marktwirtschaftlichen Regeln unterordnet. Darüber hinaus bedarf es Investitionsbedingungen, die den erforderlichen Netzaus- und -umbau möglich machen. Weiter sind wir der Überzeugung, dass die Energieeffizienz noch mehr in den Mittelpunkt rücken muss.

Von herausragender Bedeutung für die deutsche Elektroindustrie ist zudem das Zukunftsprojekt Industrie 4.0. Es ist eine Schlüsselherausforderung, wenn wir unsere Weltmarktführerposition in der Automatisierungstechnik behalten wollen. Unsere Branche ist eine treibende Kraft der intelligent vernetzten Produktion. Wir wollen, dass die Vision Industrie 4.0 durch unsere Produkte und Systeme Wirklichkeit wird. Auch wenn die künftige Gestalt der Produktionslandschaft heute noch kaum absehbar ist – mit ihrer Innovationsstärke wird die deutsche Elektroindustrie weiterhin eine Vorreiterrolle einnehmen. Insoweit enthält der Koalitionsvertrag auch Lichtblicke: Sowohl die Bedeutung von Energieeffizienz zur Bewältigung der Energiewende als auch die Bedeutung von Industrie 4.0 werden darin hervorgehoben.

Ralph Wiechers

Maschinen- und Anlagenbau: raus aus der Flaute

Die Weltwirtschaft hat 2013 noch nicht in den Normalmodus zurückgefunden. Statt einer moderaten Belebung der Nachfrage im Jahresverlauf kam die deutsche Maschinenbauindustrie nicht um ein wenn auch überschaubares Minus der Maschinenproduktion herum. Viele setzen nun ihre Hoffnungen auf ein Ende der Hängepartie 2014. Eine sich belebende weltweite Nachfrage, insbesondere ein Ende der Rezession im Euroraum, ein Auflösen des Investitionsstaus in Deutschland sowie eine wieder anziehende Nachfrage der immer wichtiger werdenden Schwellen- und Entwicklungsländer sollten dem Maschinenbau ein Produktionswachstum von geschätzt 3% ermöglichen.

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau war 2013 wider Willen gezwungen, seine nach der rasanten Aufholjagd 2010/2011 einsetzende Atempause zu verlängern. Nachdem die Produktion schon von einem relativ niedrigen Ausgangsniveau ins neue Jahr gestartet war, verfehlte sie im ersten Quartal 2013 ihr Vorjahresniveau um 7%. Der VDMA nahm deshalb Anfang Juli seine Prognose zurück. Um das ursprünglich geplante Produktionsplus von 2% real zu erreichen, hätte es einer sehr kräftigen Produktionsausweitung im zweiten Halbjahr bedurft, die in den Auftragseingangszahlen nicht angelegt war. Die Produktionsprognose für den deutschen Maschinenbau 2013 lautet seitdem auf -1%. Nach dem verfügbaren Datenstand der amtlichen Statistik unterschreitet die preisbereinigte Maschinenproduktion das Vorjahresniveau in den ersten zehn Monaten des Jahres 2013 um real 1,7%. Unter der Annahme, dass sich die Herstellung von Maschinenbauerzeugnissen im vierten Quartal wie schon in den beiden Quartalen zuvor nicht weit vom Vorjahresniveau entfernt, dürfte es 2013 also bei einem kleinen Minus bleiben.

Maschinenausfuhr: wenige Lichtblicke

In den zurückliegenden Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, war es dem deutschen Maschinen- und Anlagenbau regelmäßig gelungen, eine schwache Nachfrage auf dem deutschen respektive europäischen Heimatmarkt durch zusätzliche Erfolge auf anderen Exportmärkten auszugleichen oder gar überzukompensieren. 2013 hatten die Maschinenexporteure jedoch in nahezu allen wichtigen Absatzregionen Einbußen zu verzeichnen. Der Maschinenexport lag real um 2,4% (nominal 1,3%) unter dem Vorjahr (Stand Oktober). Wichtige Volumenmärkte, auf die in den letzten Jahren regelmäßig Verlass war, fielen als Wachstumsbringer weitgehend aus. Für viele die größte Enttäuschung war dabei – wieder einmal – China (Maschi-

nenexport Januar bis Oktober 2013/2012: -4,2% nominal). Die Investoren in der Volksrepublik ließen weiter auf sich warten. Was als eher kurzfristige Reaktion auf aus dem Ruder gelaufene chinesische Konjunkturpakete begann, entwickelt sich mehr und mehr zur mittelfristig angelegten Strategie, die Abhängigkeit Chinas von den Exportmärkten zu mindern – mit teils tiefgreifenden Folgen nicht nur für deutsche Lieferanten von Investitionsgütern.

Leicht rückläufig waren auch die deutschen Ausfuhren in die USA (Maschinenexport Januar bis Oktober 2013/2012: -0,7% nominal). Im Vorjahr hatten die zusätzlichen Lieferungen von Maschinen, Anlagen und Komponenten in diesen für Deutschland zweitwichtigsten Exportmarkt noch die Einbußen in China vollständig kompensieren können. Ein zyklisches Abklingen der durch Konjunkturpakete zusätzlich angestachelten Nachfrage nach Investitionsgütern, aber auch die im Zuge von Budgetstreitigkeiten immer wieder aufkommenden politischen Verunsicherungen ließen abermalige Steigerungen deutscher Maschinenexporte in der Summe nicht zu.

Die deutschen Maschinenexporte in die EU, dritte im Reigen der volumenstarken Exportregionen, hielten sich 2013 erfreulicherweise auf Vorjahresniveau (Maschinenexport Januar bis Oktober 2013/2012: +0,2% nominal). Das ist angesichts der Tatsache, dass sich der Euroraum 2013 zwei Quartale in Folge in der Rezession befand, ein durchaus respektables Ergebnis. Offenbar bahnt sich hier ein Ende der Talfahrt an. Die 2008 bis 2012 bereits zu verkräftenden Rückgänge der deutschen Maschinenexporte in die Krisenländer der Eurozone legen die Vermutung nahe, dass das erreichte Niveau keine größeren Einbußen mehr zulässt.

Maschinenproduktion 2014: neuer Anlauf

Auch wenn von den Auftragseingängen in den letzten Monaten noch keine eindeutigen Signale ausgingen, verdichtet sich das Bild, dass der Maschinenbau 2014 von einem generell besseren weltwirtschaftlichen Umfeld profitieren wird. Der moderate Aufwärtstrend, der sich in den letzten Quartalen abzeichnete, scheint sich zu verfestigen. Die Dynamik ist aber immer noch vergleichsweise schwach, regional sehr uneinheitlich und hier und da anfällig für Rückschläge. Das gilt insbesondere für die sogenannten Schwellenländer. Die Märkte fassen zwar langsam wieder Vertrauen, und die Wachstumsdynamik ist nach wie vor vergleichsweise hoch. Teils gravierende strukturelle Mängel dürften das Expansionstempo aber deutlich dämpfen.

Umso wichtiger ist, dass die entwickelten, klassischen Volkswirtschaften wieder mehr zum Weltwirtschaftswachstum beitragen. Auch hier belasten immer noch Strukturprobleme. Doch von Monat zu Monat mehren sich die Zeichen der Erholung. Die Eurozone hat die Rezession überwunden, die Frühindikatoren stimmen optimistisch. Es gibt zudem bei aller Kritik am Reformwillen und -tempo strukturelle Fortschritte in vielen Krisenländern. Hinzu kommen auch hier positive Impulse von einer sich belebenden Weltwirtschaft.

Alles in allem spricht viel dafür, dass es für den deutschen Maschinenbau 2014 konjunkturell, wenn auch moderat, bergauf gehen wird. Die Produktionsprognose des VDMA-Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau lautet auf 3% real.

Deutsche Erfolgsfaktoren schwer imitierbar

Das aufgezeigte wirtschaftliche Szenario wie auch die Maschinenbauprognose selbst stehen im Einklang mit dem, was die prognostische Zunft für 2014 erwartet. Einig sind sich die Prognostiker zudem darin, dass in Deutschland wesentliche Wachstumsimpulse von den Investitionen kommen werden. Das ist mehr als wünschenswert.

Es ist unstrittig, dass in Deutschland wieder mehr investiert werden muss. Und zwar nicht nur in Straßen und Brücken, sondern eben auch in Maschinen und Anlagen, in Forschung und Entwicklung, in Bildung und Ausbildung. Nur so bleibt Deutschland auch künftig ein wichtiger, unverzichtbarer und damit erfolgreicher Bestandteil nationaler und globaler Wertschöpfungsketten.

Denn was in den Jahren vor dem 2008er Crash galt, gilt in Grundzügen noch heute, auch wenn sich das Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion, angetrieben durch die sogenannten Schwellenländer, die klassischen Industrieländer mal mehr, mal weniger mitreißend, tendenziell etwas verlangsamt hat. Die Treiber der wirtschaftlichen Prosperität sind die Gleichen, konkret: Die dynamische Wirtschaftsentwicklung in den Schwellenländern wird sich – jenseits hier und da auftretender Störungen und Verwerfungen – vom Trend her auch in Zukunft fortsetzen. Und diese Entwicklung wird auch künftig – gleich ob in einem mehr export- oder vornehmlich binnenorientierten Wachstumsmodell – durch eine forcierte Industrialisierung gekennzeichnet sein, deren Motor der enorme Nachholbedarf an industriellen Produkten in diesen Ländern ist.

Doch gelten die Erfolgsfaktoren, die entscheidend waren für die Teilhabe der deutschen Industrie im Allgemeinen und deutscher Maschinen- und Anlagenbauer im Spezi-

ellen an diesem Aufholprozess, auch in einem weltwirtschaftlichen Umfeld, in dem sich durch das zunehmende Gewicht der Schwellenländer die globalen Markt- und Wettbewerbsbedingungen deutlich verändern? Dieser durchaus berechtigten Frage geht eine im Herbst 2013 von der IKB Deutsche Industriebank AG veröffentlichte, gemeinsam mit dem VDMA erarbeitete Sammlung von Daten, Fakten und Argumenten nach. Die wichtigsten Argumente respektive Bedingungen für einen anhaltenden Erfolg sind – in aller gebotenen Kürze – demnach:

- *Starke Außenorientierung:* Die deutsche Wirtschaft ist deutlich stärker in den globalen Warenaustausch insbesondere auch mit den Schwellen- und Entwicklungsländern eingebunden als andere fortgeschrittene Volkswirtschaften. Gemessen an seinen Marktanteilen gelingt es dem deutschen Maschinenbau grundsätzlich besser als vielen seiner Konkurrenten, in den neuen Wachstumsmärkten Fuß zu fassen.
- *Innovationskraft:* Bei den für die deutsche Industrie charakteristischen Produkten der hochwertigen Technologie ist Deutschland Weltmarktführer. Der deutsche Maschinenbau ist Patentweltmeister. Dank einer breiten Industriebasis und der wachsenden Bereitschaft zu branchenübergreifender Vernetzung auch mit öffentlichen Forschungseinrichtungen gelingt es, unterschiedliches Know-how zu verknüpfen und so innovative Lösungen zu erarbeiten.
- *Umfassende Systemangebote:* Komplexe Problemlösungen – Stichwort: Industrie 4.0 – und eine Palette begleitender Dienstleistungen aus einer Hand statt allein die Produkte anbieten zu können, erweist sich immer mehr als Wettbewerbsvorteil. Ein forciertes Dienstleistungsangebot steht regelmäßig ganz oben auf der strategischen Agenda deutscher Maschinenbauer.
- *Qualifikation der Mitarbeiter:* Deutschland hebt sich hinsichtlich der Fachkräftekompetenz deutlich von anderen Volkswirtschaften ab. Entscheidend für Produktion, Forschung und Entwicklung ist das Zusammenwirken von natur- und ingenieurwissenschaftlicher Exzellenz mit einem breiten Know-how der beruflich qualifizierten Fachkräfte. Im deutschen Maschinenbau ist jeder sechste Mitarbeiter als Ingenieur qualifiziert. Zwei von drei in der Branche Erwerbstätigen verfügen über eine akademische oder berufliche MINT-Qualifikation (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik).
- *Gute Ertragskraft und stabile Finanzierungsstrukturen:* Den deutschen Unternehmen ist es dank moderater Lohnabschlüsse, Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes

und Optimierung betrieblicher Prozesse gelungen, ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Das hat sich nicht nur in der zurückliegenden Weltwirtschaftskrise bewährt, sondern ist auch unverzichtbar für eine Teilhabe am weiteren Wachstum.

- **Mittelständische Struktur:** Kleine und mittlere Unternehmen sind ein Garant für die Vielfalt an Innovationsimpulsen wie auch die Fähigkeit, flexibel auf spezielle Kundenbedarfe zu reagieren. Der Aufbau effizienter Wertschöpfungsketten wird durch das Zusammenwirken unterschiedlich großer Firmen wesentlich erleichtert. Von Vorteil ist schließlich auch, dass der deutsche Mittelstand im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften durch zahlreiche größere Familienunternehmen geprägt ist, die beispielsweise bei der Internationalisierung wesentliche Impulse liefern können.

Internationalisierung weiter vorantreiben

Bei allen Vorzügen ist und bleibt es für deutsche Maschinenbauunternehmen durchaus eine Herausforderung, ihre Position in den neuen Wachstumsmärkten dauerhaft zu sichern. Denn der Wettbewerb verschärft sich. Vor allem wachsen in diesen Regionen selbst starke Konkurrenten heran. Schon deshalb bedarf es zwingend einer strategischen Anpassung. Diese Märkte lassen sich auf Dauer nicht allein über den Export weltweit vergleichsweise homogener Produkte bedienen. Zur Bedienung dieser Absatzmärkte in der Breite muss die Angebotspalette immer häufiger um Produkte mit angepasster Technologie erweitert werden.

In Zukunft wird es mithin für die deutschen Maschinenbauer immer wichtiger, noch stärker mit Produktion, Konstruktion und zunehmend auch Forschung vor Ort präsent zu sein, also nicht mehr nur mit Vertrieb und Service. Das ist für den Maschinenbau mit seinem so charakteris-

tischen Mittelstand oft leichter gesagt als getan. Je kleiner ein Unternehmen, desto größer ist die Herausforderung. Die mittelständischen Strukturen bleiben zwar eine Trumpfkarte der deutschen Industrie, aber viele Firmen werden, um gegenüber den neuen großen Wettbewerbern aus den Schwellenländern konkurrenzfähig zu bleiben, vorhandene Netzwerke ausbauen oder sich in neuen Netzwerken zusammenschließen müssen.

Unternehmen, die nicht oder nur bedingt über diese Option verfügen, werden sich gezielt auf bestimmte Produktsegmente oder auf einzelne Märkte fokussieren müssen, um dort eine Sonderstellung zu erreichen. Auch damit lässt sich ein fester Platz auf den Weltmärkten sichern. Allerdings gilt auch hier: Nischen müssen nicht dauerhaft Nischen bleiben. Generell gilt: Hohe Qualität, führende Technologie – aber auch der Preis muss stimmen. Das heißt: Die Unternehmen dürfen in der Prozessoptimierung, der Kosteneffizienz und der Modernisierung ihrer Produktionskapazitäten nicht nachlassen.

Gute Rahmenbedingungen sichern

Hier sind die Unternehmen ebenso gefordert wie der Staat. Denn die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die Innovationskraft und die Finanzkraft der Unternehmen sind stark von den politischen Rahmenbedingungen hierzulande abhängig. Sprich: Es liegt auch in der Hand der politisch Verantwortlichen Deutschlands, inwieweit bisherige Stärken in Zukunft Bestand haben. Insofern ist es fatal, wenn die Politik den wirtschaftlichen Erfolg der deutschen Unternehmen als Selbstverständlichkeit betrachtet und Reformen, die mühsam errungen wurden und die sich sowohl politisch als auch ökonomisch bewährt haben, zur Disposition stellt. Konkret: Die Politik darf die Aktions- und Realisationsräume der deutschen Industrie durch ihre Arbeitsmarkt-, Steuer- oder Energiepolitik nicht weiter einengen.

Title: *Economic Expectations of the German Industry for 2014*

Abstract: *The overall economic situation in 2013 showed less momentum than predicted. In particular, exports grew slowly – as did global trade on the whole. The economic environment was difficult in the aftermath of the public debt and currency crisis in the euro zone. This is reflected in most of the industrial sectors. The construction industry is less dependent on exports than on weather, which reduced production last winter. Meanwhile, the automotive industry grew at an above average rate. The outlook for 2014 finds all industries predicting better performance than in 2013, but there are obstacles due to German policy – the renewable energy act is one of them, as Utz Tillmann of the chemical industry points out. Klaus Mittelbach also looks critically at the turnaround in the German energy policy, but he hopes that the electronics industry will benefit from technological requirements.*

JEL Classification: E32, L60